

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Marineminister hat die bei der Zentral-Seebehörde in Triest erledigte zweite Sekretärsstelle dem Konzipisten des Marineministeriums, Abtheilung für Handelsmarine, Peter Tomasič, verliehen.

Rundmachung.

Das k. k. Oberlandesgericht für Steiermark, Kärnten und Krain hat eine bei dem Kreisgerichte in Neustadt erledigte Gerichts-Adjunktenstelle dem verfügbaren Gerichts-Adjunkten des aufgelösten k. k. Kreisgerichtes in Neusäß, Johann Jagodic, verliehen.

Graz den 18. Juli 1863.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. Juli.

Seit dem Eintreffen der russischen Antwort und der Nachricht, daß Rußland eine so richtige Rekrutierung angeordnet habe, hat sich ein banges Gefühl verbreitet, daß der Friede ernstlich gefährdet sei. Die „Wiener Abendpost“ bringt, ohne in eine Besprechung der neuesten Phase der politischen Frage einzugehen zu wollen, weil sie zuvor die Veröffentlichung des Wortlautes aller drei Antworten abwarten will, folgenden Artikel, der offenbar bestimmt ist, zu beruhigen. Sie sagt: „Die polnische Frage ist offenbar an einem Wendepunkte angelangt. Unter dem Eindruck der bereits an Ort und Stelle eingetroffenen Antworten Rußlands wird sich wohl auch die bisherige Situation verändern.“

Was uns ein dringendes Bedürfnis dünkt, daß ist die Konstatierung des wichtigen, ja entscheidenden Umstandes, daß in allen von den drei Mächten bis jetzt unternommenen Schritten nichts lag, was als Provokation und Verletzung der jeder Großmacht gebührenden Würde und ihrer Rechte gedeutet werden könnte.

Wohl zum größten Theile entsprochen die sechs Punkte den in der Wiener Kongressakte enthaltenen Polen betreffenden Stipulationen. Ueber das Maß ihrer richtigen Auslegung blieb die Erörterung offen. Die Abhaltung einer Konferenz ad hoc schien deshalb zweckmäßig, weil ein dringendes Interesse vorhanden war, um zu einer raschen Vereinbarung zu gelangen. Eine Konferenz, der nur eine fakultative Befugniß beigelegt worden, und wobei Rußland wie allen anderen Staaten die vollste Freiheit endlicher Entschliessungen verblieben wäre, hätte zuverlässig nicht als eine Ingerenz gedeutet werden können, die kein Großstaat sich gefallen lassen könne. Es handelte sich zunächst darum, im Wege eines so zu sagen abgekürzten Verfahrens den tiefgehenden Unterschied auszugleichen, der zwischen der Auffassung Rußlands, daß ein Theil der sechs Punkte bereits realisiert, der weitere aber nur nach der gänzlichen Bewältigung des Aufstandes realisierbar sei, und der entgegenstehenden Meinung, daß der Insurrektion nur durch die Gewährung dessen, was den Polen als Recht zusteht und was sonst noch die Billigkeit heischt, die Spitze abgebrochen werden könne, unlängbar obwaltet. Um zu diesem allgemeinen Einverständnis gelangen zu können, empfiehlt sich wie wir glauben der vorgeschlagene Modus, daß zuvörderst die Theilungsmächte über die polnische Frage zu verhandeln hätten, aus dem Grunde nicht, weil der europäische Charakter derselben hauptsächlich durch die Besorgniß und Theilnahme, sowie durch die differirende Auslegung der bezüglichen Vertragsbestimmungen Seitens der wichtigsten europäischen Mächte entstanden und gegeben ist.

Das Einvernehmen Oesterreichs und der Westmächte basirt nicht auf einer zufälligen Kombination wandelbarer Interessen; es wurzelt vielmehr in dem Bestreben, den höchsten Segen unserer Gegenwart, den allgemeinen Frieden zu wahren und unter Einem die Rechte Rußlands auf Polen mit den wirklichen Rechten der Polen gegenüber Rußland durch wohlmeinend vermittelnde Einwirkung zu begleichen. Auf dieser Linie bewegte sich das gemeinsame Zusammenwirken und es mußte als unverbrüchlicher Grundsatz gelten, von ihr nicht abzuweichen. Sein Zweck konnte und durfte nicht in der einseitigen Befriedigung polnischer Ansprüche bestehen; das spezifische Interesse eines jeden beteiligten Staates und das allgemeine der europäischen Ordnung und Ruhe, die jetzt in Polen so tief erschüttert sind, erscheinen vor allen als bestimmende Momente der diplomatischen Aktion, von der ein durchgreifender Erfolg zumeist dann zu erwarten stand, wenn ein großer gemeinsamer Beschluß erzielt worden wäre, der den Polen ihr Recht geboten und unter Einem sie verpflichtet hätte, sich damit zu beruhigen.

Es lag und liegt nach unserem aufrichtigen Dafürhalten im wohlverstandenen Interesse Rußlands sich ebenfalls auf den festen Boden dieser Auffassung zu stellen. Wenn die russische Regierung sich neuerdings bewegen sand, eine bedeutende Maßnahme anzuordnen, so können wir nur aus voller Seele wünschen, daß die Beweggründe derselben in Europa nicht mißverstanden werden, und daß der Eindruck, den sie namentlich auf den skeptischen Theil des Publikums hervorbringen dürfte, nicht das Vertrauen auf seine Bereitwilligkeit, zur diplomatischen Ausgleichung der Differenz die Hand zu bieten, gefährde. Wir bestehen fest auf der Ansicht, daß in den Schritten der drei Mächte keine Provokation lag und daß die an das Petersburger Kabinet gerichteten Eröffnungen auch nicht den leinsten Anflug offensiver Tendenz enthielten. Das ist der Gesichtspunkt, den jeder unbefangene Beurtheiler bei der ferneren Entwicklung der Frage vor Allem festzuhalten haben wird.

Wir hoffen baldigt in der Lage zu sein, authentische Mittheilungen über die Sachlage machen zu können.“

Was andere Blätter über die neue Phase der polnischen Frage bringen, klingt weniger beruhigend. Die „Europe“ macht folgende Mittheilung: „Herr Drouin de Lhuys und Graf Rechberg haben in ihren Gesprächen mit den Vertretern Rußlands in Paris und Wien (Bubberg und Balabin) nicht verhehlt, daß die Mächte Besseres und viel mehr vom Petersburger Kabinete erwartet hatten, und daß sie fest entschlossen sind, die Verwirklichung des von den 3 Mächten vereinbarten Programms weiter zu verfolgen. Auf telegraphischem Wege schnell zum Abschluß zu bringende Unterhandlungen der Regierungen Oesterreichs, Frankreichs und Englands werden den unverzüglichen Abgang neuer Depeschen der drei Mächte nach Petersburg zur Folge haben.“

Ein Wiener Abendblatt behauptet, daß diese Mittheilung ganz genau sei und fügt hinzu: „Die Unterhandlungen schweben bereits seit vier Tagen, und die neuen analogen Depeschen befinden sich vielleicht bereits in wenigen Stunden auf dem Wege nach Petersburg.“

Die Internirungen.

Die Internirungsfrage beschäftigte, seit dem Ersten der polnischen Insurgenten ein bestimmter Aufenthalt angewiesen worden ist, die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade. Es ist natürlich, daß sich das österreichische Parlament der Erörterung dieser Frage nicht entzieht. Denn die Internirungen scheinen mit dem von dem Parlamente erst jüngst votir-

ten Besetze zum Schutze der persönlichen Freiheit zu kollidiren. Das Abgeordnetenhaus befaßt sich daher mit der Internirungsfrage aus eigener Initiative, indem eine Anzahl seiner Mitglieder, Graf Eugen Kinsky und Genossen dießfalls eine Interpellation einbrachte. Aber das Abgeordnetenhaus erhielt auch noch von Außen eine zwingende Anregung sich mit jener Angelegenheit zu beschäftigen. Wir deuten auf die Petition des polnischen Exilators Marjan Langiewicz hin.

Der Petitionsausschuß, welchem diese Petition zugewiesen wurde, hat nun über dieselbe beraten. Die Minister v. Schmerling, Graf Rechberg, Freiherr v. Meserly und Dr. Hein erschienen im Ausschusse, um Aufschlüsse über die Internirungsmaßregeln zu geben und dieselben zu rechtfertigen. Der Polizeiminister hatte eine Sammlung von Aktenstücken, welche sich auf die Internirung des Langiewicz bezogen, mitgebracht, durch welche das ganze Vorgehen der Regierung in chronologischer Reihenfolge beleuchtet wurde. Vom ersten Telegramme bis zu dem letzten Schreiben des Langiewicz befand sich Alles darunter, was auf die Angelegenheit Licht werfen konnte. Besonders Interesse erweckte jenes Protokoll, welches mit Herrn Langiewicz bei seiner Ergreifung auf österreichischem Gebiete aufgenommen und von demselben unterfertigt worden ist. In demselben wählte er selbst die Internirung, indem ihm die drei Wege, welche die Regierung einschlagen könne, entweder vertragsmäßige Auslieferung an Rußland, Stellung vor Gericht oder Internirung dargelegt wurden. Er entschied sich für Internirung und gab sein Ehrenwort, sich nicht von dem ihm anzuweisenden Aufenthaltsorte zu entfernen. Erst als sich Herr Langiewicz an sein Ehrenwort nicht mehr gebunden erklärte und entziehen wollte, schritt die Regierung zu einer zwingenderen Internirung in Josefstadt. Soviel von dem faktischen Materiale, das der Minister vorlegte.

Die Motive, durch welche die Regierung die Internirungsmaßregeln rechtfertigte, sind nach dem wohlbedachten, umfassenden Exposé des Herrn Polizeiministers theils völkerrechtlicher, theils politischer Natur u. z. sowohl der auswärtigen als auch der inneren Politik entnommen, endlich finanzieller Beschaffenheit. Die Regierung gehe bei ihren Maßregeln von dem Grundsatz strikter Neutralität aus. Diese Neutralität erheische nach den Grundätzen aller Völkerrechtslehrer — es wurde sich auf Heffter ausdrücklich bezogen — die Vorkehrung, daß bewaffnete Individuen, welche von dem Nachbarstaate auf das Gebiet des eigenen Staates übertraten gehindert werden, neuerlich mit Feindseligkeiten gegen den Nachbarstaat vorzugehen. Würde nun Langiewicz nach der Schweiz entlassen, so würde er durch die Regierung Oesterreichs in die Lage gesetzt, Rußland neuerdings Schaden zuzufügen, und es sei kein Zweifel, daß Langiewicz wieder auf den Kriegsschauplatz eilen würde. Oesterreich hätte jedenfalls die völkerrechtliche Pflicht der Neutralität verlegt.

Graf Rechberg erklärte auf Befragen eines Ausschußmitgliedes ausdrücklich, daß der bekannte Auslieferungs-Vertrag vom Jahre 1833 noch immer zu Recht bestehe, daß daher die Regierung ein milderes Vorgehen gegen die übergetretenen Insurgenten beobachtet habe, als ihr eventuell zur Pflicht gemacht werden könnte. Ebenso wäre der Regierung mit Rücksicht auf die zwischen Rußland und Oesterreich vereinbarte und kundgemachte Gegenseitigkeit das Recht zugestanden, die übergetretenen Insurgenten wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe vor Gericht zu stellen. In den von der Regierung ergriffenen Internirungsmaßregeln läge daher die äußerste Grenze der Milde mit Rücksicht auf die Handhabung der Neutralität. Das sind die wesentlichsten völkerrechtlichen Gesichtspunkte.

Die hervorgehobenen politischen Momente, soweit sie die auswärtige Politik betreffen, beziehen sich auf die gegenwärtige diplomatische Aktion Oesterreichs, welche, wie Graf Rechberg betonte, um Achtung und Geltung zu erringen, die strikte Neutralität Oesterreichs erheische. Andererseits fordere auch die innere Politik im Interesse der Staatsicherheit die Internirung, indem man doch unmöglich die Massen Insurgenten in Galizien belassen und dort von Ort zu Ort ziehen, die Gährung vermehren, Unruhen erregen und Aufstände anstiften, möglicherweise auch die Privatsicherheit in verschiedener Richtung gefährden lassen könne.

Vom finanziellen Standpunkte sei die Internirung ebenfalls gerechtfertigt. Denn hätte man sich der mißlichen Eventualität eines solchen Massenübertritts entziehen wollen, so hätte man eine Truppenmacht an der ganzen polnischen Grenze aufstellen müssen, welche die Insurgenten hätte zurückwerfen können. Daß eine solche Truppenaufstellung kostspieliger gewesen wäre als die Internirung, unterliege wohl keinem Zweifel.

Ueberhaupt wurde zu bedenken gegeben, daß die Insurgenten die österreichische Grenze überschritten und um Schutz und Asyl gebeten haben. Es wäre daher wohl nur natürlich, wenn die Regierung ihnen bestimmte Orte des Asyls anweise, und wenn sie dieselben ernähre, auch wohl den Ort bestimmen könne, wo dieß geschehe. Wollte man aber in einem einzelnen Falle die Freilassung in die Schweiz verfügen, so müßte man eine solche nöthigenfalls auch allen anderen Internirten gewähren. In Oesterreich gäbe es aber bei 1300 Internirten. Soll man nun ein solches kleines Heer in die Schweiz schicken, so frage es sich mit welchem Rechte? Werde denn die Schweiz dieselben übernehmen? Und wie könne Oesterreich den Fremden österreichische Pässe nach der Schweiz geben?

Es wurde endlich der genaue Nachweis geliefert, daß nur solche Insurgenten internirt wurden, bezüglich welcher sogar eine Auslieferungsverpflichtung bestände, nämlich die russischen Unterthanen. Die Inländer wurden in ihre betreffenden Heimatgemeinden befördert, die Ausländer wie Franzosen, Italiener wurden in ihre Heimatländer instradirt.

Staatsminister v. Schmerling hob hervor, daß das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne und daß es daher auch von der Regierung nicht verletzt worden sei. Wenn die Regierung einen Oesterreicher wegen einer bestimmten strafbaren Handlung interniren würde, so würde sie das Gesetz verletzen. Aber das sei bei diesen Internirungen nicht der Fall. Wenn man hier eine Verletzung des Gesetzes der persönlichen Freiheit wahrnehmen würde, so käme man dahin, auch die Festhaltung von Kriegsgefangenen für unzulässig zu erklären, denn diese letzteren würden ja auch an bestimmten Orten festgehalten.

Der Ausschuß nahm die ausführlichen und erschöpfenden Nachweisungen und Erklärungen der Minister mit Befriedigung auf. Der Ausschuß erklärte zwar dem Wunsche der Regierung, welche die Petition am zweckmäßigsten dem Ressortministerium abgetreten wissen wollte, nicht entsprechen zu können, da die Petition doch immer eine größere und prinzipielle Bedeutung beanspruche. Der Ausschuß wird daher eine wohlwollende Form auffuchen, welche die Petition nicht aller Berücksichtigung entrückt, aber doch die Regierung nicht bindet. Der Ausschuß wird in seinem Berichte eine vollständige Motivirung seines zu stellenden Antrages geben und es aussprechen, daß er das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit durch die Internirungsmaßregeln der Regierung nicht verletzt erachte.

Vorerst werden die Ausschußmitglieder ihre Anträge formuliren und in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorlegen, in welcher sodann der Beschluß gefaßt werden wird. Der Ausschuß dürfte seinen Bericht an das Haus nicht früher erstatten, als bis die Regierung die Interpellation von Graf Kinsky und Genossen beantwortet haben wird, indem dadurch die Berichterstattung sehr vereinfacht wird.

Der dem Ausschusse angehörige polnische Abgeordnete v. Wenzyl soll sich mit vielem Maße äußern haben. (Vollsch.)

Oesterreich.

Wien, 19. Juli. Der „Prager Ztg.“ schreibt man von hier: „Die Nachrichten aus Galizien klingen immer unerfreulicher, der Rückschlag der Ereignisse in Russisch-Polen macht sich dort in immer unangenehmerer Weise fühlbar. Obgleich den Leitern der Insurrection, zu Paris wie zu Warschau, die politische Nothwendigkeit einsenkten mußte, Galizien gänzlich aus dem Spiele zu lassen, wird doch dieser Nothwendigkeit zuwidergehandelt. Es ist nur zu gewiß, daß in Galizien, wie es heißt, in Lemberg selbst,

ein geheimes Polen-Comité seinen Sitz aufgeschlagen hat, und daß durch dasselbe die Expedition Wysocki's gegen Radziwilow bewerkstelligt worden ist. Mag sein, daß dieses Comité nicht geradezu die Losreibung Galiziens anstrebt, und daß dasselbe nur der Insurrection in Russisch-Polen möglichst wirksame Hilfe zu leisten sich vorgezeichnet hat. Aber dasselbe hat Steuern ausgeschrieben und eingehoben, es hat Verbungen in großer Zahl vorgenommen, und dadurch sowohl gegen das Eigenthum als gegen das Leben der Unterthanen des Kaisers gesrevelt. Es ist klar, daß eine geheime Macht von solcher Beschaffenheit gänzlich gebrochen werden muß, und daß die Regierung verpflichtet ist, zum Schutze ihrer Unterthanen und der Landesicherheit mit dem höchsten Ernste und dem größten Nachdruck einzuschreiten.“

Wien, 21. Juli. Wie die „O. E.“ vernimmt, haben Sr. Majestät mit Allerhöchster Entschliebung vom 19. d. M. den Oberst-Landmarschall von Böhmen Albert Grafen Rostiz über sein Ansuchen von diesem Posten in Gnaden zu erheben geruht.

Wie die „O. E.“ vernimmt, sollen bereits mehrere Gesezentwürfe als Vorlagen für den siebenbürgischen Landtag an den bevollmächtigten Landtags-Kommissär abgegangen sein und mehrere andere sich bei der siebenbürgischen Hofkanzlei bereits in einem vorgerückten Verhandlungsstadium befinden. Unter letzteren soll, namentlich um die aus dem aufgelösten Unterhansverbände herrührenden Grundbesitzverhältnisse möglichst bald auszutragen, ein Gesezentwurf über die Auslegung des §. 28 des Grundentlastungs-Patentes von Siebenbürgen, betreffend die Frage der Siculica haereditas und wenn die Beweisführung des Vorhandenseins der Siculica haereditas obliegt, worüber bei den bestandenen Urbarial-Gerichten verschiedene Ansichten sich geltend gemacht haben; — ferner ein Gesezentwurf über die Art der Abtragung der zu ermittelnden Entschädigungsbeträge für ablösbare Leistungen gehören.

Ueber auf der Insel **Cherso** (Küstenland) in jüngster Zeit vorgefallene Ruhestörungen wird unterm 16. d. M. geschrieben: Unsere Stadt wurde am 13. d. M. durch eine ernste Ruhestörung alarmirt. Veranlassung hiezu war die von unserer Kommunalbehörde beschlossene Anlegung einer im Interesse der Bevölkerung höchst notwendigen Straße von hier nach Zaresina, die auch bereits in Angriff genommen und wozu von der Bevölkerung die erforderlichen Arbeitskräfte beigezogen wurden. In den Kreisen der Seeleute und Bauern wurde von mehreren Unruhestiftern gegen diesen Straßenbau agitirt, derselbe für unnütz ausgegeben und die unteren Klassen der Bevölkerung wirklich so weit gebracht, daß sie nicht nur die Leistung der öffentlichen Arbeit verweigerten, sondern sich auch am 13. d. M. Abends nach Beendigung des nachmittägigen Gottesdienstes, einige hundert Köpfe stark, von der Kirche vor das Gemeindehaus begaben, um die Einstellung des bereits begonnenen Straßenbaues zu erzwingen. Der Ermahnung der am Schauplatze des Tumultes erschienenen Gendarmierieposten wurde keine Folge gegeben, es gelang jedoch dem Seekapitän und Gemeindepresidenten Johann Petranich, die Tumultuanten dadurch zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen, daß er ihnen die Versicherung gab, daß der Straßenbau noch ein Mal, und zwar binnen 24 Stunden in der Plenarsitzung des Gemeinderathes einer neuen Berathung unterzogen werden soll. Während der Nacht fand man an verschiedenen Punkten der Stadt Zettel aufreizenden Inhaltes angeschlagen. Am andern Tage, wo die Gemeinderathsitzung wirklich stattfand, verjuchte der Gemeinderath Zadro, die wieder zahlreich zusammengedrängten Bauern und Seeleute in ihrer Muttersprache (der slavischen) über die unter ihnen verbreiteten irrigen Ansichten und den in ihrem eigenen Interesse nothwendigen Bau der Straße aufzuklären; es gelang ihm nicht, vielmehr begaben sich beiläufig 200 Tumultuanten am 14. an die im Bau stehende Straße und zerstörten die bereits vollführten Arbeiten. Durch diesen Gewaltakt wurde das thatsächliche Einschreiten der Behörden unerlässlich, und es ist gegen die Schuldtragenden die strafgerichtliche Untersuchung im Zuge. Zur Vermeidung neuer Tumulte wurde von dem Bezirksamte, dem nur der Gendarmierieposten zur Verfügung stand, Militärassistenten requirirt, welche auch bereits in der Stärke von 80 Mann einrückte. Gestern und heute sind keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen und man hofft, daß auch keine mehr stattfinden werden.

Venedig, 17. Juli. Ein schon der Person des Angeklagten wegen höchst interessanter Proseß wird vor den hiesigen Gerichten verhandelt. Ein gewisser A. Rib, Siebenbürger von Geburt und naturalisirter Bürger der nordamerikanischen Freistaaten, steht des Verbrechens betrügerischer Krida angeklagt vor Gericht. Durch seines bei dem Handlungshause Ribarsz in Wien angestellten Brubers Verwendung wurde Rib von diesem Handlungshause ein Kredit von 20 Tausend Francs eröffnet, mit welchem er seine Han-

delsoperationen in Spanien begann. Später begab er sich nach Amerika und von dort nach London, und seine Geschäfte gingen so gut, daß dieser Kredit bald auf 70.000 Francs erhöht wurde. Vor einigen Wochen nun verschwand Rib aus London mit einem Defizit von nicht weniger als 40.000 Pfund Sterling. Aus London schickten ihm seine Gläubiger einen Agenten nach, der seine Verhaftung erwirken sollte; dieser fand ihn jedoch hier bereits verhaftet und reiste, nachdem er von dem hiesigen Gerichte vernommen worden, wieder ab. Die Vertheidigung des Angeklagten würde dem berühmtesten Advokaten alle Ehre machen. In sieben lebenden und einer todten Sprache — er spricht nämlich deutsch, französisch, ungarisch, englisch, italienisch, spanisch und rumänisch ganz perfekt, ebenso trefflich lateinisch — ist der Angeklagte bewandert, und setzt durch seine Antworten Richter und Publikum in Erstaunen. Die Verhandlung mußte wegen Einholung weiterer Informationen ausgesetzt werden, und wir werden seinerzeit über den Schluß berichten. — Verflorenen Montag erschob sich in der Badeanstalt am Lido der Major Graf Wartensleben, der sich krankheitshalber hier aufhielt. Physisches Leiden soll der Grund dieses traurigen Entschlusses gewesen sein. — Beim Umbau eines Hauses wurde das Skelett eines menschlichen Leichnams, welcher vor ungefähr 13 Jahren dort begraben worden sein mußte, vorgefunden, und da man ein Verbrechen dahinter vermuthet, die strafgerichtliche Prozedur eingeleitet, und bereits ein des Mordes an seinem Vater verdächtiges Individuum eingezogen. (Zobl.)

Prag, 20. Juli. Heute Vormittags fand die Inskallation des neugewählten Bürgermeisters Dr. Belsky Statt. Statthaltereileiter Graf Belcredi betonte in einer böhmischen Ansprache die Reichseinheit. Rutzsch erinnert an den verstorbenen Bürgermeister Pstrosch. Belsky antwortete böhmisch, hob die Nothwendigkeit der Dezentralisation hervor, und sprach dem Statthaltereileiter seinen Dank aus. Die Begrüßungsrede hielt der Bürgermeister in deutscher, den Eid legte er in böhmischer Sprache ab.

Sermannstadt, 17. Juli. In der heutigen Sitzung wird das Protokoll der vorigen in den drei Landes Sprachen verlesen. Einige Einwendungen gegen dasselbe werden beglichen. Die neu angelangten Deputirten: Ruffu Joan und Ungyal Georg legen das Gelöbniß ab. Es sind mit ihnen, da die ungarischen Deputirten auch heute nicht erscheinen, 91 Mitglieder des Landtags anwesend. Aus ihnen werden auf dem Wege der Auslosung neun Abtheilungen zur Vorname der Verifikation der Deputirten gebildet. Die Sitzungen werden bis zum Austrag der Arbeiten der Verifikations-Ausschüsse ausgesetzt. Die Ungarn rüsten zur Abreise.

Ausland.

Rom, 10. Juli. In letzterer Zeit ließ Kaiser E. Napoleon seinem königl. Vetter Franz II. neuerdings den Rath ertheilen, sich von Rom zu entfernen, damit die fortwährenden Klagen Piemonts über das Brigantenwesen endlich einmal ein Ende nehmen möchten. Diese zarte und unangenehme Aufgabe wurde natürlich dem Gesandten Fürsten Latour d'Auvergne übertragen, der sich mit dem ihm eigenthümlichen feinen Takte seines Auftrags entledigte. Auf die von Seite des Gesandten mit aller Schonung und Zartheit entwickelten Gründe, die den König veranlassen möchten, Rom zu verlassen, erwiederte Franz II. Folgendes: „Ihr Verfahren, Hr. Minister! legt mir die Pflicht auf, Ihnen frei und offen meine Gesinnungen mitzutheilen. Sie kommen, mir von Seite Ihres erhabenen Souveräns einen Rath zu ertheilen; erlauben Sie mir, Ihnen hiebei zu bemerken, daß ich bis jetzt die mir vom Kaiser gegebenen Rathschläge stets befolgte, und mich dabei sehr schlecht befunden habe. Sie gereichten mir zum Nachtheile, da ich ihnen bezüglich der Angelegenheiten Siziliens nachkam, und noch schlimmer war es daß ich sie bezüglich Neapels befolgte, indem ich einwilligte, eine feste Stellung zu verlassen in der ich mich hätte vertheidigen können; am schlimmsten aber am Volturmo und zu Gaeta. Erlauben Sie mir also jetzt, Hr. Minister! da mir von dem Erbe meiner Väter nichts mehr geblieben ist als dieses Haus, erlauben Sie mir daß ich Ihnen auf das entschiedenste erkläre, daß ich es nicht verlassen werde, außer in Folge einer Gewaltanwendung. Nur der heil. Vater allein könnte mir durch einen Wink andeuten, es zu verlassen. So lange aber dieß nicht geschieht, so lange der heil. Vater mir nicht andeutet daß meine Gegenwart dahier ihn belästige, so lange, Hr. Minister! werde ich in meinem Hause, werde ich hier bleiben, wo ein so großer Theil meiner Getreuen sich befindet, hier endlich in der Nähe derjenigen, welche für mich und das Vaterland kämpfen, das von einem Augenblick zum andern meine Gegenwart fordern könnte. Berichten Sie nun, Hr. Minister! daß es mein fester und unabänderlicher Wille ist so lange in Rom zu bleiben als der heil. Vater nicht wünscht,

daß ich es verlasse. Denn ich bin der Ansicht daß er der alleinige und absolute Souverän dieses Landes sei, und er allein zu beurtheilen habe, ob mein Aufenthalt in seinen Staaten zulässig sei, oder nicht. Will man das Gegentheil, dann muß man nothwendig zur Gewalt seine Zuflucht nehmen; in diesem Falle werde ich mich aber weniger zu beklagen haben, weil die an mir geübte Gewalt ein Attentat auf die Unabhängigkeit und Souveränität des Papstes sein würde, eine Frage von weit höherer Bedeutung als die bezüglich meines Aufenthaltsortes." Wie man sich leicht denken kann, konnte der Gesandte auf diese Worte wenig erwidern, er drückte daher bloß die Hoffnung aus, daß dieß nicht das letzte Wort Sr. Majestät gewesen sein möge, und bestand nicht weiter auf diesem Gegenstande.

— Aus Turin schreibt man der „A. A. Z.“: Am 11. d. wurde im Marineministerium ein Rath abgehalten, dem alle höheren Oberoffiziere dieser Branche beizwohnten. Man prüfte die hydrographische Karte der venetianischen Lagunen, und sprach von kriegerischen Kombinationen; mit einem Wort, es soll ein wahrer Kriegsrath gewesen sein. Die Ursache dessen sei eine vom Grafen Vimercati aus Paris an den Turiner Hof gebrachte Depesche.

— Am 12. d. wurde in La-Chaux-de-Fonds in der Schweiz das eidgenössische Schützenfest durch einen gemeinschaftlichen Zug aller Schützen zum Festplatz eingeleitet. Die Straßen waren festlich geschmückt. Der Zug mochte aus 6000 Personen bestehen, darunter mehrere hundert deutsche Schützen, die auf dem ganzen Wege durch die Schweiz begeisterte Aufnahme fanden. In der Festrede, mit der Herr Odermatt die Versammelten begrüßte, sagte er: „Die Schweizer sind verschieden in der Sprache, sie reden die deutsche, die französische und die italienische Zunge, aber so verschieden an Sprache, so ähnlich sind sie doch im Herzen; sie Alle besetzt die gleiche Liebe zur Freiheit und zum Vaterlande. Wir sind drei Nationalitäten, aber nur eine Nation!“ Am 1 Uhr Mittags begann das Festessen. Am 14. gestaltete sich das Schützenfest zu einem internationalen Feste, indem auf dem Gabentempel außer dem Schweizer und dem deutschen Banner auch das französische und italienische Banner aufgepflanzt wurden und die Italiener mit den anwesenden deutschen Schützen Freundschafts-Versicherungen wechselten und aus den Ehrenbechern gemeinsame Bruderschaft tranken.

— Der „Moniteur“ zeigt an, daß der Kaiser der Franzosen die Glückwünsche des kaiserlichen Hofes von Oesterreich aus Anlaß der Uebergabe Mexiko's erhalten hat.

— Einer Meldung aus Amsterdam vom 16. d. M. zufolge wurde auf den Erzbischof von Herzogenburg, Zwipfen, während er schlief, ein Pistolenschuß abgefeuert. Der Zustand des Prälaten ist sehr besorgnißerregend, der Mörder noch nicht entdeckt.

London, 17. Juli. In der Mittwochssitzung beschäftigte sich das Unterhaus mit einer für den persönlichen Komfort der Mitglieder höchst wichtigen Frage. Sir de Lacy Evans nahm nämlich die vertagte Debatte wieder auf über den Antrag, daß die Küche und die Speisezimmer des Hauses, der Empfehlung des Küchenausschusses gemäß, erweitert und durch verschiedene andere Reformen annehmlicher gemacht werden sollen. Lord Holtam wandte dagegen ein, daß die Erweiterung schwierig sei, weil dadurch ein Theil der Abstimmungsgänge dem Küchendeartement annekirt würde; und dann, daß es kaum recht wäre, das Volk für die Tafelfreuden der Mitglieder zahlen zu lassen. Sir J. Trevelyan meint, daß angehende Staatsmänner sich nicht verwecheln dürfen. Sie könnten ja ein Stück Zwieback in der Tasche mitbringen, um nicht vor Hunger während der Debatten umzufallen, und zum Diner nach Hause gehen. Mr. Balfour geht von dem Sage aus, daß der Mensch, zumal der britische, nicht von Zwieback allein leben könne, sondern ein gutes Diner einnehmen müsse, wenn er es bezahlen könne. Nicht Jedermann vermöge mit dem Diner zu warten, bis er vom Parlamente nach Hause komme. Mr. Osborne sagt, wenn das Parlament 20.000 oder 30.000 Pfd. St. auf die Verschönerung von Speisesaal und Weinkeller verwenden wolle, so werde Mr. Balfour sich darin vielleicht häuslich niederlassen und viel zu geringen Theil an den Beratungen nehmen. Oberst White versichert, daß ihm selbst die Sache gleichgültig sei, denn er speise sehr selten in dieser Parlamentskneipe, wo ihm der Wirth 5 Schilling für einen Sherry abnahm, der kaum die Hälfte werth sei. Mr. Dillwyn klagt sehr über die Kost und sagt, das Fleisch sei furchtbar schlecht. Er verlange nicht nach Leckereien, er fordere ein einfaches Mittagessen, aber von guter Qualität. Mr. Cowper kann nicht umhin, die spartanisch und ascetisch urtheilenden Mitglieder zu erinnern, daß wirklich große Staatsmänner und Diplomaten den politischen Werth einer guten Tafel niemals unterschätzt haben. Es wäre eitel Affektation, läugnen zu

wollen, daß die Güte des Diners unter Umständen auf die Stimmung des Hauses, den Ausgang von Debatten und Abstimmungsschlachten, das Schicksal von Kabinetten und das Gleichgewicht Europa's von Einfluß sein könne. Er empfiehlt jedoch die Zurücknahme der Motion, damit in nächster Session ein Vorschlag eingebracht werden könne, der das ganze Haus für sich hat. Sir de Lacy Evans folgt diesem guten Rath und nimmt den Antrag zurück.

In einem halb scherzhaften Artikel über diese Debatte sagt „Daily News“: Wir würden uns freuen, wenn das Parlament seinen Landsleuten mit dem guten Beispiel voranginge, ein leichtes und solides Mittagbrod einzunehmen. Etwas Kochkunst ist dem Patriotismus nicht gefährlich; und die in England vorherrschende Art zu diniren, ist an sich keine Bürgschaft politischer Tugend, bloß weil sie um zwei Grade vom Kannibalismus entfernt ist.

— Aus Bukarest, 17. d. Mts., wird telegraphirt: „In der Nacht des 13. Juli sind 400 Ausländer, zum Theil Polen, auf einem englischen Schiffe aus der Türkei gekommen, bei Reni in romänisches Gebiet eingedrungen. Als die an sie gestellte Aufforderung, neutrales Land zu achten und die Waffen auszuliefern, erfolglos blieb und der Marsch statt nach Rußland hinüber in's Innere des Landes fortgesetzt ward, erhielt Oberst Calinesco Befehl, mit drei Compagnien die Eindringlinge zu verfolgen. Am 15. erreichten sie dieselben und richteten abermals die Aufforderung an sie, die Waffen zu strecken. Die Antwort der Freischaar war eine Gewehrsalve, mit der sie sich Bahn zu brechen gedachte. Aber nun entspann sich am Ragul-See ein Kampf, in welchem der Freischaar 16 Man, darunter 2 Offiziere, getödtet und 57 sonst kampfunfähig gemacht wurden. Unter Zurücklassung derselben räumte sie das Feld und drang weiter in's Innere des Landes vor, statt über die russische Grenze zu gehen. Oberst Calinesco, der 63 Mann, wovon 18 todt, verloren hatte, setzte die Verfolgung fort.“

New-York, 9. Juli. Das Gefecht bei Gettysburg wurde nicht erneuert. Meade besetzte Gettysburg. Details über die Schlacht melden, daß 20.000 Mann Unionisten und 30.000 Mann Konföderirte kampfunfähig gemacht wurden. Lincoln hat dem Vize-Präsidenten der Konföderirten die nachgesuchte Erlaubniß verweigert, nach Washington zu kommen, um eine wichtige Mittheilung zu machen. Lincoln entgegnete, der gewöhnliche Weg würde genügen, um die Botschaft zu übermitteln. Man vermuthet, daß sich Lee an den Ufern des Nordstromes zwischen Harpersferry und Williamspoint befindet und zwischen Hagerstown und dem Potomac eine Schlacht anbieten wird. Die Armee Meade's ist so rasch als es die Straßen gestatten, dahin marschirt. Die Kavallerie Buford's und Mc-Patrick's ist bis Williamspoint vorgerückt, wo sie mit den Konföderirten zusammenstoßen. Die Bundestruppen wurden gezwungen mit Verlust sich zurückzuziehen. Ein Versuch des Generals Fremche, Williamsport zu nehmen, wurde vereitelt.

Tagesbericht.

Wien, 21. Juli.

Trotz der sehr weit vorgerückten Nachtstunde hatte sich vorgestern eine zahlreiche Menschenmenge am Nordbahnhofe eingefunden, unter welcher zumeist die industrielle, gewerbliche und kaufmännische Welt, sowie auch ein hübscher Theil des Turnvereins vertreten waren. Punkt 11 Uhr langte der Train an, welcher die Vergnügungsreisenden, industrielle Breslauer, hieher brachte, die von den sie Erwartenden mit lebhaften, stürmischen Hochs und warmem Willkommen begrüßt wurden. Die Gäste, 140 an der Zahl, wurden gleich nach der Ankunft zu dem eben im Sperlgarten abgehaltenen Vergnügungsabende des geselligen Eisenbahnvereins durch eine Deputation desselbe geladen, woselbst sie auch alsbald erschienen. Dieselben wurden von den bereits versammelten Mitgliedern des Vereins auf's Lebhafteste mit stürmischen Hochs und Jubelrufen begrüßt und willkommen geheißen. Die Gäste wurden mit dem dort versammelten Vereine sehr bald auf's Beste befreundet. Als das deutsche Vaterland, die preussische und die österreichische Volkshymne gespielt wurden, wollte der Jubel kein Ende nehmen. Die Gesellschaft verweilte bis spät nach Mitternacht in der animirtesten Stimmung am Vergnügungsorte.

— Wie der „N. Corresp.“ meldet, sind am 17. Juli mehrere Getreidfelder zwischen Mödriz und Raigern, mutmaßlich durch die Funken einer Lokomotive, in Brand gerathen. Von Brünn eilten Feuerspritzen zu Hilfe.

— In dem Städtchen Nikolsburg (Mähren) ist vorgestern ein Schadenseuer ausgebrochen, das 70 Häuser einscherte, und wobei neun Menschen das Leben verloren haben sollen.

— Das Denkmal, welches die Mitglieder der „Novara“-Expedition auf Anregung des Dr. Scherzer ihrem verstorbenen Reisefollegen, dem Korvettenarzte Dr. Eduard Schwarz, auf dem israel. Friedhofe setzen ließen, ist vor wenigen Tagen aufgestellt worden. Es dürfte wohl das erste Mal sein, daß eine Anzahl von Christen ihrem jüdischen Gefährten auf einem jüdischen Leichenacker ein Denkmal errichtet, und daß auch ein kaiserlicher Prinz (Erzherzog Ferdinand Maximilian) einen namhaften Beitrag dazu spendet.

— Die „Bohemia“ meldet aus Prag: Herr General-Major Müller v. Sturmthal, welcher Freitag Vormittag die zur Uebung am Belvedere-Exerzierplatz ausgerückten Batterien inspiziren wollte, stürzte am Ausgange von Bubna von dem plötzlich gewordenen Pferde, und fiel so unglücklich, daß er mit dem rechten Kopftheile an einen am Wege stehenden Steinhaufen geschleudert, und noch eine Strecke von dem Pferde geschleift wurde; erst einem Adjutanten von Prinz von Preußen-Infanterie, der sich in der Nähe befand, gelang es, das Pferd aufzufangen, den Herrn General vom Bügel loszumachen, und ihm die erste Hilfe angedeihen zu lassen. Der Herr General wurde in einem Wagen im bewusstlosen Zustande auf die Marienschanze, und von dort mittelst Tragbahre in das Garnisonsspital Nr. 2 am Grabstein gebracht. — Die ersten Berichte über die Verwundung des allgemein beliebten Generals lauteten sehr beunruhigend, später vernahm man jedoch, daß die Verwundungen desselben, welche bei dem vorgerückten Alter leicht bedenkliche Folgen haben konnten, nicht lebensgefährlich seien.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Salzburg, 21. Juli. Se. Majestät der König von Preußen verweilen heute hier und reisen morgen nach Gastein. Allerhöchstdieselben haben heute einen Ausflug nach Hallein gemacht.

Paris, 21. Juli. Der „Moniteur“ enthält ein Schreiben aus Veracruz, welches ein Pronunciamento in der Provinz Chiapao und in Terra caliente zu Gunsten der Intervention meldet.

Madrid, 20. Juli. Es wurden Vorsichtsmaßnahmen getroffen gegen die Absicht, Unruhen in Sevilla, Malaga, Balladolid und Granada zu stiften. In Malaga hat ein Zusammenstoß zwischen einer französischen und englischen Fregatte stattgefunden. Beide sind gesunken. Zwei französische und ein englischer Matrose wurden gerettet.

Kopenhagen, 20. Juli. Die Flensburger Gesamtminderheit beantragte heute bei dem Kommissär: derselbe möge bei der Regierung seinen Einfluß verwenden, daß die Stellvertreter der ausgetretenen Ständemitglieder baldigst einberufen werden. Der König von Schweden wird Mittwoch zum eintägigen Besuch des Königs von Dänemark auf Schloß Skodsborg erwartet.

London, 21. Juli. Die russische Antwortnote an das englische Kabinet sagt: Die kaiserliche Regierung wünsche ebenso wie Graf Russell eine praktische Lösung und erkenne prinzipiell die Befugniß der Traktatmächte, den Wiener Vertrag auszulegen. Die vorgeschlagenen Maßregeln seien bereits vom Kaiser dekretirt oder angebahnt; eine gänzliche Pazifikation verbürgen dieselben nimmermehr, nachdem fremde Einflüsse die Rebellion nähren und diese lediglich durch Terrorismus besteht, während das polnische Volk größtentheils passiv bleibt. Deshalb seien die vorgeschlagenen Punkte unausführbar, bevor die Ordnung wieder hergestellt ist, zumal die Rebellen nicht die besagten Punkte, sondern Unabhängigkeit anstreben. Der Waffenstillstand sei somit unzulässig, unbedingte Waffenstreckung das einzige Mittel gegen weiteres Blutvergießen. Konferenzen der Traktatmächte seien unpassend, unersprißlich, und weil bloß polnische Verwaltungsfragen abzumachen, wären Konferenzen mit Oesterreich und Preußen das Allersweckmäßigste.

Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach

am 22. Juli 1863.

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	5	29	5	90
Korn	2	40	3	—
Gerste	—	—	2	81
Hafer	—	—	2	23
Halbfrucht	—	—	3	77
Heiden	2	45	2	40
Hirse	2	60	2	90
Kukuruz	—	—	3	20

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien 21. Juli (Fr. Ztg. Abbl. Mittags 1 1/2 Uhr.) Bei ruhigerer Stimmung gestaltete sich die Börse heute freundlicher, und es fand in den Kursen sowohl der Staats- als Industriepapiere eine Erholung statt. Wechsel auf fremde Plätze waren reichlich vorhanden und um eine Kleinigkeit billiger. Geld, im Eskompte- und im Reichsgeschäfte häufig und billig.

Öffentliche Schuld.		Gold		Ware		Gold		Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)									
In österr. Währung zu 5%		72.40	72.60	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.		201.25	201.50	Hally zu 40 fl. Ö.M.	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.		96.—	96.50	Ö.M. mit Einzahlung.		442.—	443.—	Clary " 40 " "	
deto ohne Abschnitt 1862		95.25	95.50	Dett. Don.-Dampfsch.-Ges.		246.—	248.—	St. Genois " 40 " "	
National-Anleihen mit Zänner-Coupons " 5%		81.60	81.70	Dett. Lloyd in Triest		—	—	Windischgrätz " 20 " "	
National-Anleihen mit April-Coupons " 5%		81.70	81.80	Wiener Dampfm.-Akt.-Ges.		392.—	395.—	Waldheim " 20 " "	
Metalliques " 5%		76.10	76.15	Bester Kettenbrücke		392.—	395.—	Reglewich " 10 " "	
deto mit Mai-Coup. " 4%		68.75	69.—	Böhm. Weisbahn zu 200 fl.		161.75	162.—	Wechsel.	
mit Verlosung v. Jahre 1839		158.—	159.—	Leipzigbahn-Aktien 200 fl. Ö.M.		—	—	3 Monate.	
" " 1854		95.50	95.75	m. 40 fl. (70%) Einzahlung.		147.—	—	Geld Brief	
" " 1860 zu 500 fl.		100.40	100.50	Affien (pr. Stück.)		—	—	Rugoburg für 100 fl. südb. W.	
zu 100 fl. 100.70		100.90	—	Nationalbank		793.—	794.—	Frankfurt a. M. deto	
Como-Rentensch. zu 42 L. austr.		17.—	17.50	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. B.		191.10	191.20	Hamburg für 100 Mark Banco	
B. der Acontländer (für 100 fl.)		—	—	N. d. Escom.-Ges. z. 500 fl. d. B.		645.—	647.—	London für 10 Pf. Sterling	
Grundentlastungs-Obligationen.		—	—	K. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. Ö.M.		1679.—	1680.—	Paris für 100 Franks	
Nieder-Österreich zu 5%		87.75	88.—	Staats-Ges.-Ges. zu 200 fl. Ö.M.		199.50	200.—	Cours der Geldsorten.	
		—	—	über 500 fr.		147.25	147.75	K. Münz-Dufaten 5 fl. 34 fr.	
		—	—	Kais. Eis.-Bahn zu 200 fl. Ö.M.		128.—	128.50	Kronen " 15 " 35 "	
		—	—	Süd-nordb. Verb.-B. 200 "		—	—	Napoleons'or " 8 " 95 "	
		—	—	Süd. Staats-, lomb.-ven. n. centr.		—	—	Russ. Imperials " 9 " 18 "	
		—	—	ital. Eis. 200 fl. d. B. 500 fr.		—	—	Vereinshaler " 1 " 66 "	
		—	—	mit Einzahlung.		253.—	254.—	Silber-Agio " 110 " 65 "	

Effekten und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 22. Juli 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 76.10	Silber 110.50
5% Nat.-Anl. 81.65	Londen 111.90
Bankaktien 793	K. f. Dufaten 535
Kreditaktien 190.90	1860er Lose 100.60

Fremden-Anzeige.

Den 21. Juli 1863.
 Hr. Ritter v. Jakobovich, k. k. Hauptmann, von Verona. — Hr. Waschnitz, k. k. Bezirksvorsteher, von Raffach. — Hr. Drescher, k. k. Stadthalterei-Konzept-Praktikant, von Graz. — Die Herren: Goriup, Fabrikant, und — Rinaldi, Handelsmann, von Görz. — Hr. Liebisch, Kaufmann, von Wien. — Hr. Gajo, Handelsmann, von Fiume. — Die Herren: Dell Aqua, Handelsmann, — Korratsch, Privatter, und — Panster, Handlungsreisender, von Triest. — Hr. Ranzinger, Handlungsreisender, von Robusch. — Hr. Saurau, k. k. Bezirks-Arzt, von Kronau.

3. 1224. (2) Nr. 3006.

Edikt.

Vom k. k. Bezirksamte Feistritz, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:
 Es seien die über das Ansuchen des Andreas von Garzaroli in Adelsberg, Vormund der mindl. Josef Wessl'schen Kinder von Adelsberg, durch Dr. Bučar, gegen Anton Penko von Parje Nr. 6, p.c.o. 250 fl., mit Bescheid vom 11. April l. J., 3. 1957, auf den 29. Mai und 30. Juni 1863 angeordneten 2 Teilbietungen sistirt und als abgehalten angesehen und es wird lediglich zur III. Teilbietung auf den 29. Juli l. J. geschritten.
 K. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 28. Mai 1863.

3. 1392. (2)

K. k. priv.

Südbahn-Gesellschaft.

Kundmachung.

Die gefertigte General-Direktion bringt zur Kenntniss des Publikums, daß mit Genehmigung des k. k. Handelsministeriums auf den Linien der Gesellschaft mit 1. Juli 1863 ein neues Betriebs-Reglement in Wirksamkeit tritt.
 Dasselbe ist auf allen Stationen um den Preis von 15 kr. ö. W. käuflich zu haben.
 Wien, im Juni 1863.
 Die General-Direktion.

3. 1405.

Pfandamtliche Lizitation.

Donnerstag den 30. Juli werden zu den gewöhnlichen Amtsstunden in dem hierortigen Pfandamte die im Monate Mai 1862 versetzten, und seither weder ausgelöst noch umgeschriebenen Pfänder an den Meistbietenden verkauft.
 Laibach den 23. Juli 1863.

3. 1286. (3)

Mineral-Wasser

aller Gattungen sind in der Spezerei-, Material- & Farbwaren-Handlung des Unterzeichneten von heutiger Fällung zu haben.
 Peter Lassnik.

3. 1224. (2) Eingefendet.

Aus der Berliner „Zeitung“ entnehmen wir folgendes Inserat:
 Da es mein Wunsch gewesen ist, einmal einen recht schönen Bart zu haben und sich bei mir gar keine Spuren desselben zeigten, ließ ich mich von meinen Freunden bereiten, Barterzeugungsmittel von **Rothe & Comp.** hier, einmal anzuwenden. Trotzdem ich kein Freund von dergleichen Anpreisungen bin, sagte ich doch endlich den Entschluß, dies Mittel einmal in Anwendung zu bringen, zumal die Fabrik für die Wirkung in 6 Monaten garantiert. Es zeigte sich bei mir im dritten Monat, bei fortgesetzter Anwendung, ein so starkes Barthaar daß ich mich genöthigt sah, rasiren zu lassen. Nach sechs Monaten hatte sich derselbe so weit entwickelt, daß ich jetzt einen vollen Bart besitze und daher Jedem, welcher schnell einen schönen Bart haben will, dies kunstvolle Mittel angelegentlichst empfehlen kann.
 Berlin, den 15. September 1862.
E. Jaeger.
 Musiklehrer Gr. Hamburgerstraße Nr. 41.
 Daß sich dafür interessirende Publikum machen wir darauf aufmerksam, daß sich eine Niederlage der Artikel aus der Fabrik von **Rothe & Comp.** in Berlin bei Herrn **Albert Trinker** in Laibach zum „Anker“ befindet.

3. 1261. (4) Approbirter Brust-Syrup

gegen jeden veralteten Husten, gegen Brustschmerzen, langjährige Heiserkeit, Halsbeschwerden, Verschleimung der Lungen, ein Mittel, welches noch nie, und zwar in zahlreichen Fällen, ohne das befriedigendste Resultat in Anwendung gebracht worden ist. Dieser Syrup wirkt gleich nach dem ersten Gebrauch auffallend wohlthätig, zumal bei Krampf- und Keuchhusten, befördert den Auswurf des zähen, stockenden Schleims, mildert sofort den Reiz im Kehlkopf und beseitigt in kurzer Zeit jeden noch so heftigen, selbst den schlimmen Schwindsuchthusten und das Blutspeien.
 Für Laibach habe ich Herrn C. J. Grill die alleinige Niederlage übergeben.
G. A. W. Mayer in Breslau.

Daß der Mayer'sche weiße Brustsyrup, von Herrn C. Schring in Uedermünde bezogen, gegen das lästige Asthma und den sehr ergreifenden Reizhusten ein sehr wohlthuendes und wirksames Mittel ist, bezeuge ich der Wahrheit gemäß aus eigener Erfahrung, indem ich selbst an obigen Uebeln litt, und weißen Brustsyrups von G. A. W. Mayer in Breslau in ganz kurzer Zeit vollkommen davon befreit wurde.
 Mannheim, den 31. Mai 1858.
 Oberhofgerichtskanzleirath Dr. P o e w.

Ich bezeuge, das der Mayer'sche weiße Brust-Syrup mich von meiner einjährigen Kehlkopf-Entzündung gänzlich befreit hat, daher ich denselben jedem an derart Krankheit Leidenden aufs Beste anempfehlen kann.
 Laibach, den 1. Oktober 1862.
 Ottofar K l e r r, Buchhandlung-Commis.
 Preis für Oesterreich: Die 1/2 fl. a 2 fl. 40 kr. Die 1/4 fl. a 1 fl. 20 kr.
 Zu auswärtigen Bestellungen ist die Emballage-Gebühr von 10 kr. pr. Flasche zuzusenden.

3. 1359. (3)

Unentbehrlich für Schweinezüchter!!

Mr. Tetley's

Heilpulver für Schweine.

Das beste durch mehr als tausendfältige Erfahrungen erprobte Heilmittel in den meisten Krankheiten des Vorstenviehes, und das zuverlässigste Präservativ gegen Seuchen.
 Preis eines Paquetes à 12 Loth Wiener Gewicht 36 kr. öst. Währ.

Dann: Mr. Tetley's

Nähr- und Mastpulver für Schweine,

um bei Schweinen die größtmögliche Quantität und vorzüglichste Qualität an Fleisch und Fett zu erzielen.
 Preis eines Paquetes à 1 Pfund Wiener Gewicht 40 kr. öst. Währ.

Zentralversendungs-Depot einzig und allein:
 bei Apotheker **Dom. Rizzoli** in Neustadt in Krain.

Depots außerdem:
 in Laibach: bei Herrn **Ed. Prücker.**
 " " " **Gustav Stedry.**
 " " " **Karl Achtschin.**
 " Bischoflack: " " **Rudolf Naglic.**
 in Landstraß: bei Herrn **J. Schellinz.**
 " St. Barthelma: " " **Val. Oblack.**
 " St. Cantian: " " **J. Globeunik.**
 " Rassenfuß: " **Frau Pibernik.**